burg ein Schreiben, in dem er seine Stellungnahme ausführlich auseinandersetzte und in dem es u. a. heißt:

„Seit Jahr und Tag habe ich in vielen Unterredungen mit General Ludendorff dem Verständigungsfrieden das Wort geredet und die Auffassung vertreten, daß die Zeit hierfür die günstigste war, als wir vor und auch während der Frühjahrsoffensive macht, und kraftvoll dastanden. Innerpolitisch bin ich der letzte gewesen, der sich einem freiheitlichen Ausbau unseres Staatswesens verschlossen hat. Diese meine Auffassung habe ich auch dem Reichskanzler Prinz Max von Baden noch vor wenigen Tagen schriftlich dargetan. Trotzdem bin ich, als die Wucht der Ereignisse meinen Herrn Vater vom Throne stürzte, nicht nur nicht gehört worden, sondern man ist über mich als Kronprinz und Thronfolger einfach zur Tagesordnung übergegangen. Ein Verzicht ist von mir weder gefordert noch geleistet worden."

Der Kronprinz bittet den Feldmarschall, davon Kenntnis zu nehmen, daß er gegen die Vergewaltigung seiner Person, seiner Rechte und Ansprüche Verwahrung einlegen müsse.

Die Schuld am Kriege.

England lehnt die Erörterung ab.

Bereits im November 1918 hatte die deutsche Regierung durch Vermittlung der schweizerischen Regierung den Regierungen der Entente vorgeschlagen, zur Feststellung der Schuld am Kriege eine internationale Kommission einzusetzen. Da eine Antwort auf diesen Vorschlag nicht erfolgte, wurde er im Januar wiederholt. Unter dem Datum des 7 März teilte die schweizerische Regierung der deutschen Gesandtschaft in Bern mit, daß sie von dem britischen Gesandten folgende Mitteilung erhalten habe:

Ich habe die Ehre, Sie zu benachrichtigen, daß die Regierung Seiner Majestät der Meinung ist, daß es unmöglich sei, auf den deutschen Vorschlag irgend eine Antwort zu geben, da nach der Meinung der verbündeten Regierungen die Verantwortlichkeit Deutschlands für den Krieg längst unzweifelhaft festgestellt ist.

Die deutsche Regierung hat daraufhin der schweizerischen Regierung durch die deutsche Gesandtschaft in Bern folgende Note zustellen lassen:

In Beantwortung des Schreibens vom 7. März bittet die deutsche Gesandtschaft das schweizerische politische Departement, durch Vermittlung der schweizerischen Gesandtschaft in London, der britischen Regierung zur Kenntnis zu bringen, daß die deutsche Regierung gegen die in dem Schreiben der britischen Regierung wiedergegebene Auffassung der Alliierten nachdrücklich Verwahrung einlegt. Wenn in diesem Schreiben erklärt wird, der deutsche Vorschlag auf Einsetzung einer neutralen Kommission zur Prüfung der Frage der Schuld am Kriege bedürfe keiner Antwort, weil die Verantwortlichkeit Deutschlands für den Krieg längst unzweifelhaft festgestellt sei, so maßen sich die Alliierten an, Ankläger und Richter zu gleicher Zeit zu sein, und zwar in einer Sache, in der sie zum Teil gleichfalls der Schuld geziehen werden. Deutschland kann einen Urteilsspruch in dieser Frage nur anerkennen, wenn er von einer Stelle ausgeht, der das gesamte Aktenmaterial beider Parteien zur Verfügung steht und die in der Lage ist, die nötigen Beweise durch Urkunden und Zeugen in voller Oeffentlichkeit zu erheben.

Der drohende Bolschewismus.

Umsturz auch in Galizien.

Das Wiener Korrespondenzbureau erhält von der russischen Sowjetregierung aus Moskau folgenden Funkspruch: Galizien befindet sich in voller revolutionärer Bewegung. Der Aufstand brach zuerst im Petroleumgebiet von Drohobycz aus, wo ein Sowjet von den Arbeiterdeputierten gebildet wurde. Der Bewegung schlossen sich die Arbeiter der benachbarten Gruben von Kalusz an. Die Regierung verfügte die Auflösung der Sowjets und die Verhaftung der Rädelsführer. Doch schlossen sich die Truppen den Aufständischen an. An vielen Orten organisierten die Sowjets Versammlungen und forderten die ganze Macht für die Sowjets. Die Bewegung breitet sich auf die von polnischen Truppen besetzten Gebiete aus. In Lemberg proklamierte der im geheimen gebildete Sowjet der Arbeiterdeputierten den Generalstreik. Im Bezirk Stanislau erklärten sich die vom Kabinett Golubowitsch abgesandten Truppen als Mitkämpfer der Aufständischen gegen die Nationalräte. Sodann marschierten sie mit den Aufständischen auf Stanislau und verhafteten Golubowitsch. Die Aufständischen richteten an die Galizier, die sich unter den Direktoriumstruppen befinden, ein Ultimatum mit der Aufforderung, sofort nach Galizien heimzukehren und den Kampf gegen die Sowjetmacht einzustellen. Ferner sind die ukrainischen roten Truppen im Gebiete von Schmerinka mit den Aufständischen in Mohilew und Podolsk (Rußland), sowie mit den Aufständischen im nördlichen Bessarabien in Verbindung getreten. Nach Meldungen aus Rostow haben sich zwei Kosakenregimenter, die von Kuban nach dem Don abgefertigt waren, geweigert, gegen die Bolschewisten zu kämpfen.

Zu den Ereignissen in Ungarn.

Ein französisches Ultimatum.

Die französische Regierung sandte nach Budapest drahtlos eine Note, in der die sofortige Freilassung der internierten Offiziere und Mannschaften gefordert und erklärt wird, daß im Falle der Weigerung unverzüglich durchgreifende Maßnahmen gegen die ungarische Hauptstadt ergriffen würden.

Rückzug der französischen Besatzungstruppen.

Laut Meldung des ungarischen Korrespondenz-Bureaus haben die Franzosen aus Szegedin und aus dem sonstigen besetzten Gebiete den Rückzug in südlicher Richtung angetreten.

Besetzung der tschechischen Gesandtschaft in Budapest.

Die tschecho-slowakische Gesandtschaft in Budapest ist von den Kommunisten besetzt worden. Es wurden drei Millionen tschechischer Staatsgelder beschlagnahmt, alle Beamten verhaftet, ihrer amtlichen und privaten Gelder beraubt und abgeschoben; man erwartet sie in Preßburg.

Wachsende Einsicht der Entente?

Der Berichterstatter des Corriere della Sera telegraphiert seinem Blatte, daß angesichts der Ereignisse in Ungarn ein Einlenken der Entente erwogen werde. Der aus Wilson, Lloyd George, Clemenceau und Orlando bestehende Rat der Vier wird sich heute mit dem ungarischen Problem beschäftigen und die bisher gefaßten Beschlüsse über die Territorialfragen einer Nachprüfung unterziehen. In diplomatischen Kreisen wird dieser Beweis dafür aufgefaßt, daß die den Tschecho-Slowaken und Rumänen auf Kosten Ungarns gemachten Zugeständnisse zum Teil wenigstens wieder rückgängig gemacht werden sollen.

Bestürzung auf der Pariser Konferenz.

Die Ereignisse in Ungarn haben nicht nur die französische Presse und die Oeffentlichkeit vollkommen überrascht, sondern, wie Action Francaise berichtet, auf die Friedenskonferenz selbst geradezu wie eine Bombe gewirkt. Der Temps befürwortet die Lösung der politischen und territorialen Fragen und verlangt als Pfänder für die Forderung der Alliierten entsprechende militärische Besetzung des deutschen Gebietes. Der Matin treibt die Pariser Konferenz zur Eile an. Schrecklich wäre es, wenn nun nach einigen Wochen des Siegesrausches den Alliierten Ost- und Mitteleuropa mit dem rachsüchtigen Deutschland an der Spitze gegenüberständen. Der sozialistische Populaire hält es für einen schweren Fehler, wenn man glaube, daß die ungarische Revolution ein Manöver Deutschlands sei. Die Ungarn seien zum Aeußersten getrieben worden.

Der Mörder Jaurès' vor Gericht.

Der „Überhitzte Patriot".

In Paris hat nun doch der Prozeß gegen den Mörder Villain des Sozialistenführers Jaurès, ermordet am 31. Juli 1914, begonnen, nachdem man vier Jahre lang vergebens darauf gewartet hatte. Die Agence Havas berichtet darüber:

In der Verhandlung gegen Villain am Montag erklärte der Angeklagte, er habe mit Vorbedacht gehandelt, weil er Jaurès Wirken für unheilvoll für das Volk gehalten habe. Schon beim Regiment sei seine Erbitterung angesichts der Bedrückung der Elsaß-Lothringer aufs höchste gestiegen, und er habe zuerst den Kaiser zu töten beschlossen. Erbittert habe ihn auch der Widerspruch Jaurès gegen das Gesetz über die dreijährige Dienstzeit. Damals sei ihm der Gedanke gekommen, Jaurès zu töten. Am 31. Juli sei er am Abend lange um das Kaffee herumgestreift, in welchem Jaurès sich befand, habe dann aber, einer plötzlichen Eingebung folgend, den Vorhang gelüftet und gefeuert. Er habe unter unwiderstehlichem Drang gehandelt. Nach diesem Verhör wurden die Irrenärzte vernommen, welche Villain als erheblich stark belastet ansehen, daraus auf Verminderung seiner Zurechnungsfähigkeit schließen und meinen, Villain habe aus patriotischer Ueberhitzung gehandelt.

Schon nach diesem Havas-Bericht ist anzunehmen, daß man dem „patriotisch Überhitzten" Mörder nicht allzu wehe tun möchte, sondern ihn entweder freisprechen oder auf einige Zeit ins Irrenhaus stecken wird. Jaurès, der den Krieg mit allen Mitteln zu hintertreiben suchte, war wegen seines gewaltigen Einflusses bei den Massen den Kriegshetzern ein Dorn im Auge und so mußte er beseitigt werden. Zu rechter Zeit fand sich denn auch dieser Villain mit seinem Revolver ein. Es kann kein Zweifel sein, daß er den damaligen Machthabern sehr gelegen kam.

Kleine politische Meldungen.

Ein Sachse Organisator der bayerischen Sozialisierung. Nach amtlicher Meldung der Münchener Korrespondenz Hoffmann hat die bayerische Regierung nach den Grundsätzen des Entwurfes Kranold-Neurath-Schumann, nachdem der Sozialisierungsausschuß des Landtages ihre Pläne nach längerer Aussprache einstimmig gebilligt hatte, im Einklang mit den Wünschen des Zentralrates die sofortige Errichtung eines Zentralwirtschaftsamtes sofort verfügt und Dr. Otto Neurath zum Leiter dieses Amtes mit außerordentlicher Vollmacht zur Vorbereitung und Verwirklichung des Sozialismus, Kommunismus und Solidarismus in Bayern in Aussicht genommen.

In der preußischen Landesversammlung erklärte Finanzminister Dr. Südekum bezüglich der Finanzlage Preußens: Inzwischen sind die Schulden von 8,5 Milliarden Mark Ende Oktober 1918 auf 8 Milliarden Mark Ende März 1919 emporgeschnellt. (Starke Bewegung.) Die schwebende Schuld würde zu besonderen Befürchtungen noch keinen Anlaß geben; außerordentliche Besorgnisse erregt aber die Tatsache, daß das bedeutendste Unternehmen des Staates, das preußische Eisenbahnwesen, beinahe völlig zerrüttet ist; auch auf einer Anzahl anderer Gebiete ist mit Verschlechterungen zu rechnen, die einen Gesamtfehlbetrag von 2409 Millionen Mark ergeben. Ein Abschluß, der überhaupt noch nicht dagewesen ist und nicht anders als katastrophal genannt werden kann.

Die Vorarbeiten für die Durchführung des Reichswehrgesetzes sind soweit gediehen, daß eine Anzahl von Verbänden, die die Bedingungen erfüllen, allernächstens in die Reichswehr übergeführt werden können. Sie unterstehen dann dem Reichswehrminister. Es wird das sogenannte wilde Werben fortfallen, obwohl nicht wird verhindert werden können, daß durch Zeitungen und Plakate Freiwillige aufgerufen werden, doch wird diese Art des Ersatzwesens allgemeine dienstliche Regelung erfahren und nicht mehr der beliebigen Betätigung der einzelnen Führer überlassen bleiben.

Das Ende der Oesterreichisch-ungarischen Flotte. Die Agenzia Stefani meldet aus Venedig: Die Großkampfschiffe der ehemaligen österreichisch-ungarischen Flotte liefen hier ein.

Der deutsch-österreichische Staatssekretär Jerdick reiste nach Berlin, um mit den maßgebenden Regierungsstellen wegen einer ausreichenden Kohlenbelieferung Deutschösterreichs zu verhandeln.

Unterdrückter Streik im Elsaß. Der in Mülhausen drohende Generalstreik ist nach Mitteilung des Basler Vorwärts dadurch verhindert worden, daß der französische Regierungsvertreter drohte, die Streikenden verhaften und zu Zwangsarbeit in die zerstörten Gebiete überführen zu lassen. Die Forderungen der Arbeiter wurden nur zum kleinen Teile erfüllt. Der Beschluß zur Einführung des Achtstundentages ist durch einen Vertreter der Pariser Regierung wieder aufgehoben worden. Die Arbeiter der Metall- und Holzindustrie und die Straßenbahner verharren noch in der Lohnbewegung. Der Belagerungszustand in Mülhausen bleibt bestehen und die verhafteten Gewerkschaftsführer sind noch nicht aus der Haft entlassen worden.

Eine neue Militärstrafgerichtsordnung Im Reichsjustizministerium ist der Entwurf einer neuen Militärstrafgerichtsordnung fertiggestellt worden. Er geht den Gliedstaaten in der nächsten Zeit zu. Seine wesentlichsten Bestimmungen lassen in Zukunft alle nicht in das militärische Gebiet fallenden Straftaten durch die Zivilgerichte aburteilen.

Blutige Unruhen in Westfalen. Vor dem Gebäude der Wittener Volkszeitung in Witten (Ruhr) kam es zu erheblichen Krawallen, bei denen elf Personen getötet und 32 verwundet wurden. Unter den Getöteten befindet sich ein Polizeibeamter.

Von Stadt und Land.

Aue, 27. März.

Die Sächsische Verlustliste Nr. 557 ist erschienen und kann in unserer Geschäftsstelle eingesehen werden.

Lebensmittel am Freitag: Graupen, Gries und Keks.

Fischkonserven und Heringe. Nach einer Meldung aus Hamburg ist dort der Dampfer Tannenberg mit 15 000 Kisten Fischkonserven aus Norwegen angekommen. Ferner trifft der Dampfer Cressida mit 18000 Fässern Heringen ein, die nach Dresden verladen werden, und der Dampfer Hermina mit 15 000 Kisten und Fässern Fischkonserven und Heringen, die für Breslau bestimmt sind.

Freier Handel mit Eiern. Vom 1. April ab wird die Rationierung der Inlandseier aufgehoben. Wie das Reichsernährungsamt mitteilt, ist die Aufhebung der Rationierung erfolgt, da das Ergebnis der Zwangserfassung immer geringer wurde. Der Widerstand der Erzeuger gegen die Ablieferung war so groß, daß man befürchtet, daß in der kommenden Ernährungs Periode noch weniger Eier abgeliefert werden als bisher. Die Eier sollen der Bevölkerung nunmehr in freiem Handel zugeführt werden. Der Handel glaubt, daß es ihm nach einer kurzen Uebergangszeit gelingen wird, den Preis für die Eier auf eine normale Basis zu bringen. (?) Die Auslandseier unterliegen weiter der Bewirtschaftung. — Wir werden ja bald sehen, ob der freie Handel uns wirklich die Eier bringt, die wir bisher nicht bekommen konnten. In London kostet ein Ei zurzeit 20 Pfennige. Ob der freie Handel die Eier ebenso billig liefern wird?

g. **Die Entlassungsfeier der hiesigen öffentlichen Handelsschule** hat heute vormittag im Beisein des Bürgermeisters Hofmann als Vertreter der Stadt, des Generaldirektors Gaedt, als Vertreter des Schulausschusses u. A. mehr, sowie in Gegenwart vieler Eltern, in der üblichen feierlichen Weise stattgefunden. In einer Ansprache zählte Direktor Prof. Schulz die Leistungen der Schule während ihres 21jährigen Bestehens auf.

1. **Feuer.** Gestern abend in der siebenten Stunde brach im Dachgeschoß des Hotels „Viktoria" ein Brand aus, der bald größeren Umfang annahm. Die Feuerwehr, die alsbald zur Stelle war, sah ihre Arbeiten sehr erschwert, einesteils durch die starke Rauchentwicklung andererseits durch ihre schadhaften Schläuche. Nichtsdestoweniger gelang es, in halbstündiger Arbeit das Feuer zu bekämpfen und eine weitere Ausdehnung zu verhindern. Der Schaden ist ziemlich beträchtlich. Das Feuer dürfte durch eine schadhafte Esse verursacht worden sein. Es muß schon tagelang im Dachgebälk geglimmt haben, ohne daß dies bemerkt wurde, denn die Feuerwehr fand bei ihrem Eintreffen bereits einen ausgedehnten Brandherd vor. Heute vormittag wurde die Wehr abermals nach dem Hotel „Viktoria" alarmiert. Das Dachfeuer war wieder aufgelebt, diesmal wurde es aber energisch unterdrückt.

Was die erwähnten schadhaften Schläuche der städtischen Feuerwehr betrifft, so wird uns von zuständiger Seite mitgeteilt, daß die Schlauchdefekte während des Krieges und infolge des Umstandes, daß es hier lange Zeit nicht gebrannt hat, eingetreten sind. Die Leitung der Feuerwehr hat alsbald beim Feuerlöschausschuß die Anschaffung ausreichender Mengen neuer Schläuche beantragt, die bereits genehmigt ist. Die Mittel dafür werden in den kommenden städtischen Haushaltplan eingestellt.

v. **Die Zigarettennot.** Für die leidenschaftlichen Zigarettenraucher — und ihre Zahl ist in Deutschland im Kriege ins Ungeheuere gewachsen — ist jetzt eine trübe Zeit angebrochen: eine Zeit der knappsten Rationierung, der harten Entbehrung, und es steht überhaupt in Bälde eine gänzlich zigarettenlose Zeit in Aussicht, wenn nicht durch irgend ein Wunder die orientalischen Tabake herangeschafft werden. Die Preise der Zigaretten sind schon längst zu einer schwindelhaften Höhe — in des Wortes wahrster, nicht blos figürlicher Bedeutung — emporgestiegen und in umgekehrtem Verhältnis dazu steht seit einiger Zeit die Güte der Ware. Man hat im Krieg an so vieles sich gewöhnen müssen, daß man auch die Verschlechterung der Zigarette wie ihre gleichzeitige Verteuerung in Ergebung hingenommen hat. Wenn man nur überhaupt etwas bekommt — dann ist dem Raucher alles andere gleichgültig. Aber in dieser Beziehung sieht es jetzt nicht sehr hoffnungsvoll aus. In Aue zum Beispiel kündigen seit einiger Zeit immer häufiger Plakate an den Schaufenstern zum nicht gelinden Schrecken der Raucher an, daß Zigaretten „ausverkauft" sind und verschiedene hiesige Zigarrengeschäfte sind „wegen mangelnden Wareneingangs" jetzt Sonntags geschlossen. Das sind noch nicht dagewesene Vorkommnisse. Die Fabrikanten können nicht liefern, weil sie nichts zu liefern haben und wenn sie liefern, dann nur sehr langsam und in homöopathischen Dosen. Kein Wunder daher, daß die Zigarrengeschäfte, die unter diesen Zuständen naturgemäß auch empfindlich leiden, ihre Kunden auf das Knappste „rationieren", um die Vorräte zu strecken. Gewöhnlich werden nicht mehr als fünf Zigaretten auf einmal abgegeben und einzelne Geschäfte verkaufen auch weder an Frauen noch an Kinder. Etwas freigebiger ist man mit den Zigaretten „Marke Ersatz", von denen jetzt eine Sorte zu vier Pfennigen im Handel ist. Aber nur die Tapfersten wagen sich an sie heran, denn nur mit Todesverachtung und unter Todesgefahr sind die Schrecken dieses bösartigen Krautes zu überwinden. Und trotzdem findet auch dieses Erzeugnis seine willigen Abnehmer. Hoffentlich aber öffnen sich bald die türkisch-bulgarischen Grenzen, damit diesen unhaltbaren Zuständen auf dem Zigarettenmarkt ein gründliches Ende bereitet wird.

Gegen die Beschränkung der Feuerbestattung. Die mehrheitssozialistische Fraktion der Sächsischen Volkskammer hat folgenden Antrag eingebracht: Die Regierung zu ersuchen, der Kammer einen Gesetzentwurf vorzulegen, durch den die, die Feuerbestattung einschränkenden Bestimmungen des Gesetzes über die Feuerbestattung vom 29. Mai 1908 aufgehoben werden und die Feuerbestattung der Erdbestattung gleichgestellt wird.